

Pressemitteilung



Frank Junge
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, den 08. März 2019

Wissenschaft darf Menschen auf dem Land nicht aus den Augen verlieren

Die Herausforderungen und Potentiale der ländlichen Räume in Deutschland sind groß. Mehr als die Hälfte der Einwohner Deutschlands lebt auf dem Land. Dass nun das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung vorschlägt, nur noch Städte und dafür strukturschwache Regionen in Ostdeutschland nicht mehr zu fördern, macht fassungslos.

„Dass das Leibniz-Institut eine reine volkswirtschaftliche Analyse Ostdeutschlands unternommen hat, greift viel zu kurz. Wissenschaft muss für alle Menschen in der Gesellschaft Fortschritt ermöglichen und sollte nicht vorschlagen, die Hälfte der Bevölkerung auszuklammern. Dass sogar der Verfassungsauftrag zur Schaffung gleich-wertiger Lebensverhältnisse in Frage gestellt wird, macht sprachlos. Damit werden die Potentiale und die Herausforderungen der ländlichen Räume gleichermaßen ignoriert.

Denn viele mittelständische „hidden champions“ haben ihren Sitz auch in den neuen Bundesländern auf dem Land. Rund die Hälfte der Bruttowertschöpfung sowie gut 50 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kommen aus dem ländlichen Räumen. Außerdem versorgt vor allem der ländliche Raum Deutschland mit erneuerbaren Energien, die mittlerweile ca. 38 Prozent des deutschen Strommarkts abdecken. Daher werden wir den ländlichen Raum beim Breitband- und Mobilfunkausbau weiter unterstützen, auch damit strukturschwache Regionen weiter aufschließen können. Genau bei diesen Punkten haben wir uns jüngst mit unserem Plenarantrag „Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Gutes Leben und Arbeiten auf dem Land gewährleisten“ gegenüber dem Koalitionspartner durchgesetzt.

Gleichwohl gibt es auch Regionen, die größerer Aufmerksamkeit von Staat und Politik bedürfen. Durch den demografischen Wandel wächst der Bedarf an Personal bei Pflege und Medizin. Gleichzeitig ziehen junge Menschen aus den ländlichen Räumen in die Städte, was dort auch zum Druck auf den Mietmarkt führt. Wo Ärzte, nahe Schulen und schnelle Internetverbindungen fehlen, da ziehen auch kaum neue Einwohner hin. Hier wird die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hoffentlich weitere Lösungsansätze liefern.“